

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Deniz Kurku, MdL

zu TOP Nr. 24 und 25

24) Große Anfrage

Verwaltungsdigitalisierung in Niedersachsen

Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drs. 18/9692

25) Erste Beratung

**Die Digitalisierung der niedersächsischen
Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger
sowie der Unternehmen beschleunigen und die
Kommunen dabei mitnehmen!**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/11196

während der Plenarsitzung vom 18.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Die Große Anfrage der FDP-Fraktion zur Verwaltungsdigitalisierung in Niedersachsen mit ihren insgesamt 109 Fragen und die, wie ich finde, eingehende Beantwortung durch die Landesregierung umfassen 64 Seiten. Nicht nur dieser Umfang zeigt eines deutlich: Wir alle stehen vor einer Riesenaufgabe, wenn wir uns mit diesem Themenkomplex befassen. Der Innenminister hat es gerade als „Mammutaufgabe“ bezeichnet.

Herr Bode, Sie haben mich mit Ihren konstruktiven Vorschlägen heute sehr positiv überrascht. Verstehen Sie das nicht falsch: Ich unterstelle Ihnen nicht, dass von Ihnen keine konstruktiven Vorschläge kommen. Aber das, was ich in den letzten Tagen in den Medien und auch in Ihrer Pressemitteilung zu diesem Themenkomplex gesehen habe, hat sich einfach anders gelesen. Heute hingegen haben Sie viel gesagt, dem ich zustimme, vom Medienbruch bis zur Zeitachse. Ich denke, darüber werden wir in den Ausschüssen noch diskutieren.

Gestern hat ein Kollege von Ihnen im Plenum in Bezug auf die Verwaltungsdigitalisierung gesagt: „Null Fortschritt! Sich selber nur gut zu finden, reicht halt nicht aus.“ Das soll keine Schelte sein, aber ich glaube, dass Minister Pistorius und die Regierung in der Beantwortung der Anfrage ganz deutlich gemacht haben, wie genau der Stand bei der Umsetzung ist.

180 Millionen Euro für das Programm „Digitale Verwaltung Niedersachsen“ sind nur ein Baustein. Basisdienste für die Verwaltung werden sinnvollerweise nicht so entwickelt, dass alle Bundesländer sozusagen vor sich hin muddeln, sondern daran arbeiten alle Bundesländer im Verbund. Niedersachsen hat die Federführung im Gesundheitsbereich übernommen; das wurde eben schon dargestellt. Am Ende profitieren alle Länder davon. Neudeutsch würde man dazu wohl „Synergieeffekte“ sagen. Ich nenne es einfach Teamarbeit. Aber Fakt ist, dass Niedersachsen an der Stelle wach ist, arbeitet und nicht schläft.

Wir alle kennen die Aufgaben, die Bund und Länder durch das Onlinezugangsgesetz aufgegeben haben. Das 2019 verabschiedete Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit ist die Grundlage für die Umsetzung.

An einer Stelle gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht, Herr Bode: Wir Bürgerinnen und Bürger können heute von einem modernen Staat mit digitalen Leistungen etwas erwarten, was vorher nicht der Fall gewesen ist. Das soll aber keine Einschränkung sein. Als Bundesland muss man eben ein paar Dinge mehr beachten als eine einfache Umstellung von Diensten.

Mal eben schnell eine Infrastruktur aufbauen und ein paar Updates machen - so einfach ist das nicht, das wissen wir in diesem Hause alle. Den systematischen Aufbau von Onlinediensten für wirklich alle Verwaltungsleistungen in Landesbehörden und Kommunen zu koordinieren, ist nun wirklich keine Kleinigkeit, insbesondere vor dem Hintergrund der ganz besonderen Anforderungen, die wir haben: Ob das der Datenschutz, die Datensicherheit, die Nutzerfreundlichkeit oder die Nachhaltigkeit sind. Und am Ende muss das alles auch bezahlbar bleiben. Das verlangt ein konzentriertes und vor allem auch ein konzertiertes Vorgehen, und da ist, wie in der Beantwortung der Anfrage durch die Regierung deutlich geworden ist, eine ehrliche Bestandsaufnahme des Ist-Zustands genau richtig.

Meine Fraktion - und das habe ich heute auch bei allen anderen so gehört - versteht die Digitalisierung gerade vor dem Hintergrund der ständigen Weiter- und Fortentwicklung als einen Prozess und nicht als einmal eben abzuschließendes Projekt. Der Handlungsplan „Digitale Verwaltung Niedersachsen“, gespeist aus dem Sondervermögen Digitalisierung, fügt sich da genau ein.

Lassen Sie mich noch eines feststellen. Die Einführung der eAkte zeigt doch, dass wir vorankommen. Das heißt aber nicht, dass es nicht noch mehr zu tun gibt. Der CIO des Landes Niedersachsen hat d- ich meine, bereits im März - deutlich aufgezeigt, welche Zuwachsraten noch zu erwarten sind. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

Das ist aber nicht der einzige Bereich. Ich muss das alles nicht noch einmal aufzählen, es ist eben schon vom Kollegen Herrn Bock und vom Minister Pistorius aufgezählt worden. Es gibt einige Bereiche, bei denen wir in Niedersachsen wirklich weit vorne sind: bei der Steuerverwaltung, beim ePayment, bei der flächendeckenden Anbindung der Kommunen an das Verwaltungsportal oder bei der Steuer-ID, die hier noch nicht genannt worden ist.

Andere Dinge sind noch in der Entwicklung, aber eines ist allen Dingen gemein, und da kommt es auch auf uns an: Es muss bei den nächsten Schritten vor allen Dingen um die Integration dieser Möglichkeiten in die Arbeit der Rathäuser, der Bürgerservicebüros, der Bürgerbüros, der Schulen usw. gehen.

Bei aller berechtigten Aufgabenkritik und kritischer Begleitung durch uns Landtagsabgeordnete sollte niemand von uns den Eindruck erwecken, dass es null vorangeht. Auch ein absoluter Neustart darf keine echte Forderung sein. Einfach den Resetknopf zu drücken und auf Los zurückzugehen, wäre an dieser Stelle eine sehr schwierige Sache. Das möchte ich am Ende auch keinem erklären müssen - weder jemandem, der in der Landesverwaltung arbeitet, noch jemandem, der im Rathaus beschäftigt ist.

Sie haben in Ihrem Antrag völlig zu Recht festgestellt, dass IT-Fachkräfte fehlen. Das ist eine Schwierigkeit, vor der wir alle miteinander stehen.

Ich glaube, es wird jetzt an uns liegen, bzw. vielleicht ist es auch eine Sache der nächsten, wie auch immer gearteten Regierung, noch stärker zu versuchen, IT-Fachkräfte zu uns nach Niedersachsen zu bekommen.

Wir alle wissen, dass das eine Querschnittsaufgabe ist - darauf will ich noch in einigen Sätzen eingehen. Denn es schwingt immer die Frage mit: Welches Ministerium ist zuständig? Warum wird das nicht in einem Ministerium gebündelt? - Dazu möchte ich eines sagen: Wenn dieses Thema wirklich so konzentriert nur in einem Ministerium angesiedelt wäre, dann käme aus dem Land, glaube ich, ganz schnell auch die Kritik, dass das viel zu konzentriert ist, und die Frage, wie man die Umsetzung dieser Querschnittsaufgaben nur auf wenige Schultern verteilen kann.

Von daher: Lassen Sie uns gemeinsam überlegen - ich glaube, heute sind schon ganz viele richtige und gute Ansätze genannt worden -, wie wir es zusammen schaffen, den Weg zu einer modernen und digitalen Landesverwaltung hinzubekommen, die - bei allen Schwierigkeiten - vor allem eins tut: die Behörden und Kommunen im Blick behalten und sie unterstützen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.